

Eine
andere Stadt
ist möglich!



**Kommunalpolitische
Bausteine für Potsdam
Wählergruppe: DIE aNDERE**

die-andere.org

**DIE
aNDERE**



Wählergruppe DIE aNDERE

Kommunalpolitische Bausteine für Potsdam

In den letzten Jahren ist Potsdam deutlich gewachsen. Der Zuzug nach Potsdam wird auch in den nächsten Jahren unvermindert anhalten. OB **Jann Jakobs** und die Fraktionen von SPD und CDU drücken immer weiter aufs Gaspedal – ohne eine Vorstellung von Ziel und Richtung und ohne die Bürger*innen dieser Stadt ernsthaft zu beteiligen. Sie sehen im immer schnelleren Wachstum einen Beleg für die positive Entwicklung Potsdams.

DIE aNDERE ist die einzige politische Kraft in der Stadt, die die derzeitige Richtung der Stadtentwicklung grundsätzlich in Frage stellt. Dem eklatanten Mangel der Rathauspitze an Phantasie und Gestaltungswillen setzen wir klare und alternative Konzepte entgegen. Die Prioritäten müssen neu gesetzt, Fehlentwicklungen müssen gestoppt werden und Potsdam muss neue Wege gehen.

In den letzten Jahren hat die *Rathauskooperation* in riesigem Umfang städtische Flächen, Betriebe, Grünflächen, Wege und sogar Gedenkstätten privatisiert. Das hat die Stadt als Kapitalanlage und Spekulationsobjekt attraktiv gemacht. Die Privatisierung von Immobilien in Potsdam ist vor dem Hintergrund der überragenden sozialen Bedeutung bezahlbaren Wohn- und Lebensraums in einer wachsenden Großstadt verantwortungslos. Privatisierte Wohnungen werden morgen diejenigen bewohnen oder vermieten, die es sich heute leisten können, Grundstücke zu erwerben und Häuser zu errichten. Die weitere Gentrifizierung ist die vorhersehbare Folge. Durch die Politik der *Rathauskooperation* wurde der öffentliche Sektor geschwächt und die Stadtgesellschaft enteignet.

Die Politik der schonungslosen Verwertung der letzten verfügbaren Baulücken hat ein stadtverträgliches Maß bereits überschritten. Mit der weiteren Verdichtung der Innenstadt durch Luxuswohnungen und touristische Infrastruktur gehen Flächen für Schulen, Kitas, Sportplätze, Freizeit- und Kultureinrichtungen verloren. Die Stadtmitte verliert ihre letzten öffentlichen Räume und ihre Funktion als gesellschaftlicher Mittelpunkt.

Das als bloßes Vollstopfen der Stadt betriebene Wachstum führt zu enormen Grünverlusten und Verkehrsproblemen. Viele Bereiche der Stadt ersticken im Autoverkehr. Potsdam verliert immer mehr Erholungsflächen und Stadtgrün.

Die *Rathauskooperation* aus SPD, CDU, GRÜNEN und *Potsdamer Demokraten* betreibt Stadtentwicklung mit Scheuklappen und Abrissbirne. Statt existierende und funktionierende Gebäude weiter zu entwickeln, versucht sie die moderne Welt in historische Fassaden zu zwängen. Authentische Geschichte wird beseitigt und durch die naive Version einer idealisierten Vergangenheit ersetzt. Mit einem „Weiter so!“ driftet Potsdam immer weiter in Richtung Schickimicki-Barockmuseum: bezaubernd für eine Hand voll Preußenfans, aber für die meisten eine unbezahlbare, soziale und kulturelle Einöde.

Prestige- und Repräsentationsprojekte haben stets den geldreichen Segen von OB und *Rathauskooperation*. Alternativkultur, Breitensport sowie Stadtteil- und Sozialprojekte kämpfen dagegen jährlich um Räume und Fördermittel.

Diese Entwicklungen sind kein Naturgesetz, sondern logische und beabsichtigte Ergebnisse einer Klientelpolitik von OB und *Rathauskooperation*. Wenn in Babelsberg Sportplätze beseitigt werden oder im *Zentrum Ost* der Wald nahe der Havel für Bauland gerodet wird, dann ist das vorher beschlossen worden. Wenn im Sanierungsgebiet *Potsdamer Mitte* öffentliche Grundstücke an private Investoren verhökert werden, dann wurde vorher darüber abgestimmt. Wenn die *ProPotsdam* Grundstücke verkauft und Wohnungen teuer saniert, dann geschieht das nach den Vorstellungen der Geschäftsführung, des OBs und des Aufsichtsrates.

Mit der rigorosen Politik des Abrisses und des Ausverkaufs ist auch die Blockade echter Bürger*innenbeteiligung verbunden. Durch undemokratische Ignoranz und schäbige Trickereien hat es die Rathauspitze bis heute geschafft, ein Bürger*innenvotum zu den zentralen Projekten der Stadtentwicklung zu verhindern.

DIE aNDERE begnügt sich nicht mit einer sozialen Abpufferung dieser grundsätzlich falschen Entwicklung. Wir setzen uns in der Stadtverordnetenversammlung, in den kommenden Wahlkämpfen, aber auch außerparlamentarisch und gemeinsam mit anderen für einen Bruch mit diesen Fehlentwicklungen ein.

Kämpfen Sie mit uns für eine Neuausrichtung der Stadtentwicklung!

Eine andere Stadt ist möglich!

I N H A L T

Stadtentwicklung	Die Stadt ist kein Museum!	04
Wohnen	Miete schön statt Mitteschön	06
Kita und Schule	Gleiche Bildungschancen für alle Kinder!	10
Umwelt- und Klimaschutz	Eine Frage der Gerechtigkeit	13
Mobilität	Mit weniger Verkehr besser mobil sein!	16
Sport	Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport	18
Kultur	Mehr als Schlösser und Schlosskopien	20
	Städtische Betriebe unter Bürger*innenkontrolle	22
	Echte Bürger*innenbeteiligung ist mehr als wählen lassen	24
	Integration, Inklusion und Teilhabe: Eine Stadt für Alle	26

Die Stadt ist kein Museum!

Der Umbau der Potsdamer Mitte ist durch Abrisse, Privatisierung, Rekonstruktion und hochpreisigen Neubau geprägt. Durch den geplanten Abriss weiterer markanter Gebäude der Nachkriegszeit und Privatisierung der Grundstücke wird öffentliches Eigentum vernichtet. Mit der Errichtung einer Kopie der Garnisonkirche wird zudem öffentliche Gedenkkultur privatisiert. Der rigorose Abriss von Nachkriegsmoderne und die Errichtung von Kopien früherer Bauten tilgen nicht nur die jüngere Geschichte der Stadt, sie revidieren diese auch zu Gunsten einer konservativen Kulissenstadt.

Eine lebendige Stadt benötigt in ihrem Stadtzentrum neben bezahlbarem Wohnraum dringend Räume für Bildung, Innovation, Kreativität und Präsentation sowie für gesellschaftliches Miteinander. Im Zentrum der Stadtentwicklung sollen nicht historische Grundrisse, Fassaden und touristische Attraktionen stehen, sondern die sozialen und gesamtgesellschaftlichen Aspekte der Entwicklung. Nicht die Privatisierung zu Gunsten Einiger, sondern die Partizipation vieler Potsdamer*innen an ihrer Stadtmitte muss zum Kerngedanken der Stadtentwicklung werden.

DIE aNDERE setzt sich für eine lebendige Stadt ein, in der alle baugeschichtlichen Epochen erkennbar sind. Vorhandene Bausubstanz mit öffentlichem Geld aus ideologischen Gründen und entlang engstirniger, ästhetischer Ideen abzureißen ist ökologischer und gesellschaftlicher Irrsinn. Wir wollen das Stadtzentrum nicht mit der Abrissbirne gestalten. Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum und Räume für Bildung, Innovation, Kreativität und Begegnung. In der Potsdamer Stadtmitte sollen sich alle Bevölkerungsschichten vertreten und repräsentiert fühlen. Wir brauchen kein geschichtsvergessenes Preußisch-Disneyland, das prestigehungrige Eitelkeiten bedient oder den rechten Rand begeistert. Historische Orte wie der Ort der Potsdamer Garnisonkirche sollen unter direkter Beteiligung der Potsdamer*innen als Gedenk- und Lernorte gestaltet werden. Potsdams Mitte ist mehr als ein Programmpunkt im Kaffeefahrttourismus. Die Potsdamer Mitte ist für alle da und soll dementsprechend gestaltet werden.

- Kein weiterer Ausverkauf öffentlicher Grundstücke und Gebäude
- Sicherung dauerhafter Sozialmieten bei öffentlichen Wohnbauprojekten und Deckelung von Gewerbemieten
- Kein Abriss des *Mercure*-Hotels / Kein Abriss des *Rechenzentrums*
- Kein Abriss des ehemaligen Restaurants *Minsk*, sondern Entwicklung zu einem Gebäude der Bildung und Kultur z.B. zur Schule, Kita und/oder Bandproberäume
- Kein Abriss des Staudenhofs, sondern Förderung des Staudenhofs als Begegnungsstätte – Stärkung der bestehenden Strukturen wie des ansässigen Cafés und der dortigen Unterstützungsarbeit für Geflüchtete
- Unterstützung bei der Schaffung eines weiteren Kunst- und Kulturhauses unter Beteiligung der Kreativschaffenden im *Rechenzentrum*
- Keine öffentliche Finanzierung von Luxusprojekten wie der Speicherstadt und der Garnisonkirchenkopie

Freiräume statt Bauwahn!

In den letzten Jahren wurden die Stadtteile baulich massiv verdichtet. An vielen Ecken der Stadt werden im Flächennutzungsplan festgesetzte Wälder und Grünflächen plötzlich zu Bauland. Die Stadt wird immer enger und verliert immer mehr ihre Qualität als grüne Stadt am Wasser. Wir lehnen es ab, vorhandene Baulücken und Grünflächen zu bebauen, wenn dadurch Flächen für Schulen, Kitas, Sportplätze, Freizeit- und Kultureinrichtungen verloren gehen. Mehr Wohnbebauung entlastet nicht automatisch den Wohnungsmarkt. Die Realität zeigt, dass am Bedarf vorbei gebaute Luxuswohnungen die Mieten nicht senken und den Wohnungsmangel nicht verkleinern. Im Gegenteil: neue teure Wohnungen erhöhen mittelfristig den Mietspiegel und werden die Preistreiberei selbstverständlich verschärfen. Die Versorgung mit Grün- und Erholungsflächen wird allzu oft, mit Zahlenspielereien an der Realität vorbei, von der Verwaltung entschieden. Stattdessen sollen die Bürger*innen vor Ort selbst entscheiden, welche Grün- und Erholungsflächen sie nutzen und sichern wollen!

Wir wollen die Politik des Bauwahns stoppen und setzen uns für eine Stadt mit vielen Freiräumen und genügend sozialen und kulturellen Einrichtungen ein:

- BUGA-Volkspark in jetziger Größe erhalten
- Keine Bebauung des Nuthe-Wäldchens im Zentrum-Ost
- Keine weiteren Grünflächen als Bauland ausweisen
- Mehr Platz für Grün, Sport, Kultur und Erholung sichern
- Bürger*innenbeteiligung bei der Freiraumsicherung statt Zahlenspielerei der Verwaltung

Lebendige Ortsteile

Das weitere Wachstum der Stadt wird sich hauptsächlich in den Ortsteilen fortführen. Dabei dürfen nicht einfach neue Wohngebiete als Anhängsel der Ortsteile geplant werden. Das Wachstum der Ortsteile muss als Chance zur Stärkung und Ergänzung gewachsener Strukturen erkannt und genutzt werden. Steigende Einwohnerzahlen ermöglichen wohnortnahe Versorgungseinrichtungen, zusätzliche Sport- und Freizeitangebote sowie eine bessere Anbindung an das ÖPNV-Netz. Die Anwohner*innen sind frühzeitig in alle Planungen einzu-beziehen.

- intensive und nicht nur förmliche Beteiligung der Bevölkerung vor Ort bei Entscheidungen der Bauentwicklung
- Integration der neuen Wohnbebauung in die gewachsenen Ortsstrukturen
- Kein planloses Bauen auf der grünen Wiese ohne Versorgungseinrichtungen und soziale und kulturelle Infrastruktur

Miete schön statt Mitteschön

Zahnlose Mietpreisbremsen und hektischer Wohnungsbau vorbei am Bedarf haben das Problem nicht entschärft: Immer mehr Menschen, inzwischen auch mit durchschnittlichem Einkommen, müssen sich in Potsdam Sorgen machen. Auch sie können sich schon bald keine Mietwohnungen mehr leisten. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen steigen die Mieten schneller als das durchschnittliche Einkommen. Viele Potsdamer*innen müssen daher mehr als ein Drittel ihres Einkommens in die Miete stecken.

Aber steigende Mieten folgen keinem Naturgesetz. Die kommunale Wohnungspolitik muss endlich in die Offensive gehen statt bei der Preistreiberei mitzumachen: Sie muss diejenigen mit günstigem Wohnraum versorgen, die nicht jeden Mietpreis auf dem Wohnungsmarkt bezahlen können. An dieser Aufgabe haben sich alle Zielvorgaben und Unternehmensziele der städtischen Wohnungsgesellschaft *ProPotsdam* zu orientieren.

Konzentration auf das Kerngeschäft

Die städtische *ProPotsdam* wurde in den vergangenen Jahren durch die Rathauskooperation dazu zweckentfremdet, den politisch motivierten Stadtumbau voranzutreiben und insbesondere die Umgestaltung der Mitte zu finanzieren. Teilweise wurden Mittel der städtischen Wohnungsgesellschaft sogar für den Abriss von günstigen Wohnungen in bester Lage verwendet (z.B. *Haus des Reisens*).

Beispiel: In der Speicherstadt brachte die *ProPotsdam* über viele Jahre gewaltige finanzielle und personelle Ressourcen ein, um ein Quartier zu entwickeln, das anschließend ohne Rücksicht auf die wichtige und im Leitbild der *ProPotsdam* verankerte soziale Durchmischung städtischer Quartiere privatisiert wurde und wird. Die Entwicklung der Speicherstadt hat die Kapazitäten der Gesellschaft über Jahre gebunden, ist bis 2018 hochdefizitär und stellt schlussendlich Wohnraum zur Verfügung, der für die Bestandsmieter*innen der *ProPotsdam* aufgrund der dort zu erwartenden Mieten keinen Nutzen hat. Auch eine Entlastung des Wohnungsmarktes bei den preiswerten Wohnungen ist durch die Speicherstadt kaum erwartbar.

Kommunalen Wohnungsbestand erhalten und ausbauen

Die Stadt hat in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten viele Wohnungen an private Dritte verkauft und städtisches Tafelsilber verscherbelt. Die *ProPotsdam* verfügte im Jahr 2000 über 21.000 Wohneinheiten, im Jahr 2005 waren es noch immer 18.500 (der Restitutionsbestand inbegriffen). Heute sind es gut 17.000. Der Verkauf von Wohnhäusern erfolgte fast immer zum Höchstgebot statt entlang von mieterorientierten Konzepten. Ob die betroffenen

Mieter*innen nach der folgenden Modernisierung noch in ihren Wohnungen bleiben konnten, war zweitrangig. Das *Wohnungspolitische Konzept* der Stadt fordert den Ankauf von Wohnimmobilien durch die *ProPotsdam*, um deren Bestand zu vergrößern. Mit Verkäufen aus dem eigenen Bestand tut die kommunale Holding das Gegenteil dessen, was ihr das von ihr miterarbeitete *Wohnungspolitische Konzept* als Ziel aufgibt. Die aNDERE fordert deshalb, den Verkauf von Wohnimmobilien, insbesondere aus dem Bestand der *ProPotsdam*, sofort einzustellen.

Der kommunale Wohnungsbestand muss im gesamten Stadtgebiet erheblich erweitert werden. Dazu können Vorkaufsrechte genutzt oder zusätzliche Wohnungsbestände angekauft werden. Aber auch die Enteignung von Immobilien, die aus spekulativen Gründen leer stehen, kann dazu beitragen, dass die Stadt über mehr Wohnraum verfügen und ihn günstig bewirtschaften und vermieten kann. Bei eigenen Neubauvorhaben muss die *ProPotsdam* sich auf die Schaffung günstiger Mietwohnungen konzentrieren, um jenen Bevölkerungsgruppen ein Angebot zu schaffen, die über geringes oder durchschnittliches Einkommen verfügen.

Bedarfsgerechte Modernisierung und Sanierung im Bestand

Modernisierung und Sanierung sind kein Selbstzweck. Sie haben sich am Bedarf der Bestandsmieter*innen zu orientieren. Vorratssanierung mit Blick auf künftiges zahlungskräftigeres Klientel lehnen wir aus sozialen und wohnungspolitischen Gründen ab. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass die betroffenen Mieter*innen frühzeitig über geplante Baumaßnahmen informiert werden und über den gewünschten Sanierungsstandard selbst entscheiden können.

Keine Mieterhöhungen ohne Investition in die Wohnung

Auch im städtischen Wohnungsbestand werden Mieterhöhungen regelmäßig nur damit begründet, dass die *ProPotsdam* eine Angleichung an die ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel vornimmt. Diese Mieterhöhungen führen zu einem Ansteigen des ortsüblichen Mietniveaus und haben dadurch weitere Mieterhöhungen zur Folge – eine Spirale nach oben, bei der finanziell schwächere Bürger*innen auf der Strecke bleiben.

Die automatische Anpassung der Mieten an den ständig steigenden Mietspiegel lehnen wir ab. Eine Mieterhöhung soll nicht nur deshalb vorgenommen werden, weil sie gesetzlich zulässig ist. Gerade die *ProPotsdam* hat eine soziale Funktion, die sich nicht am rechtlich Möglichen, sondern an der Verantwortung gegenüber ihren Mieter*innen orientieren muss.

Zu besonders dramatischen Mietsteigerungen führt der Auszug einer Altmietpartei, die über Jahrzehnte in einer Wohnung lebte. Die Wohnungen werden oft mit 40 oder 50 Prozent Mieterhöhungen neu vermietet – oft ohne nennenswerte Modernisierungsmaßnahmen. Die beschriebene Situation führt dazu, dass die Fluktuation innerhalb des städtischen Wohnungsbestandes vergleichsweise gering ist. Wer einen alten Mietvertrag besitzt, zieht aus dieser Wohnung später nicht mehr in eine kleinere Wohnung um, in der die Miete kaum geringer oder sogar höher ist.

Die aNDERE fordert die Möglichkeit eines Wohnungstauschs innerhalb städtischer und genossenschaftlicher Wohnungsgesellschaften ohne Neuvermietungszuschlag.

- Mietsmoratorium im kommunalen Wohnungsbestand
- Keine Verkäufe von städtischen Grundstücken und Gebäuden
- Erweiterung des kommunalen Wohnungsbestandes
- Bodenspekulation mit der Umwandlung von Wald und Grünflächen in Bauland stoppen
- Die Stadt muss Bauland auf eigenen Grundstücken entwickeln.
- Aufstellung des Mietspiegels überprüfen

Und gegenüber der *ProPotsdam* fordern wir:

- Keine Vorratssanierungen am aktuellen Bedarf vorbei
- Mitentscheidung der Bewohner*innen über den Sanierungs- und Modernisierungsstandard
- Keine Mieterhöhung ohne Investition in die Wohnung
- Neuvermietungszuschläge abschaffen
- Keine Kapazitäten der *ProPotsdam* für Luxusprojekte wie die Speicherstadt
- Sanierung statt Abriss des Wohnblocks im Staudenhof
- Unternehmensziele und Geschäftsführergehälter nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten



Eine andere Stadt ist möglich!

Saub're Luft & faire Miete

die-andere.org

DIE aNDERE

Krampnitz – Vom Truppenübungsplatz zum Entwicklungsübungsplatz

Werden aus 10.000 Neubürger*innen auch 10.000 Pendler*innen?

Der neue Stadtteil Krampnitz hat eigentlich alle Voraussetzungen, ein großartiges Projekt zu werden. Leider verwandelt es sich (sehenden Auges) zusehends in eine Tragödie.

Im Entwicklungsgebiet Bornstedter Feld wurden zahllose Fehler gemacht: der Volkspark wird kleiner und bleibt eintrittspflichtig, immer mehr Flächen werden überbaut, Sportplätze sind Mangelware und Bürgerhäuser wurden erst im Nachhinein geplant. Beteiligung und Teilhabe haben für die Entwicklung des Stadtteils keine Rolle gespielt.

Ursprünglich sollte in Krampnitz alles anders laufen und der Stadtteil komplett von der Stadt entwickelt werden. Der Plan war eine Enteignung, um die TG Gesellschaften – deren Eigentümer aus der Leipziger Halbwelt stammen – aus dem Spiel zu halten. OB Jakobs bekam aber kalte Füße und in einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde in einem komplizierten Deal ein erheblicher Teil der gesamten Fläche an die Deutsche Wohnen verhökert. Dieses Wohnungsunternehmen hat sich durch unsoziale Geschäftspraktiken so profiliert, dass Berliner Mieter*innen Initiativen gerade ein Volksbegehren „Deutsche Wohnen enteignen“ gestartet haben. Der Rest der Grundstücke gehört aber der Stadt. DIE aNDERE will die Entwicklung nicht den Immobilienkonzernen überlassen und verhindern, dass die Fehler wiederholt werden, die im Bornstedter Feld gemacht wurden.

Wir wollen dafür sorgen, dass Krampnitz für alle offen steht. Das meiste in Krampnitz wird Geschosswohnungsbau sein. Von der städtischen ProPotsdam sollen Grundstücke erworben und in Erbbaupacht an Baugruppen und Genossenschaften vergeben werden. Was dennoch an Immobilienunternehmen geht, muss zu mindestens einem Drittel sozialer Wohnungsbau sein. Die Stadt muss diese Forderung an den Verkauf der Grundstücke binden. Die Verkaufspreise müssen die höheren Grundstückspreise berücksichtigen, die sich aus der Verdichtung ergeben.

Das Offizierskasino wollen wir zu einem sozialen und kulturellen Zentrum umfunktionieren. Sportplätze und Freiflächen sollen langfristig gesichert werden. Die scheinbarweise Umwandlung in Bauland wie im Bornstedter Feld darf es nicht geben.

Die Tramverbindung nach Krampnitz und der Radschnellweg müssen prioritär entwickelt werden. Es kann nicht sein, dass ab 2020 die ersten Leute ohne ÖPNV-Anbindung dort einziehen und erst 2024 die Tramverbindung in die Stadt in Betrieb genommen wird. In Krampnitz und darüber hinaus sollen die Verkehrsberuhigung und eine nachhaltige Mobilität die Regel und nicht Ausnahme sein.

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder!

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass alle Kinder gleiche Bildungs- und Teilhabechancen erhalten. Gute staatliche Bildungseinrichtungen, in denen alle Kinder lange gemeinsam lernen, sind dafür die allererste Voraussetzung. Die Überlegungen des Jugendamtes zur Einrichtung von Eltern-Kind-Gruppen in Flüchtlingsunterkünften lehnen wir grundsätzlich ab. KiTas müssen integrative Angebote bieten und daher Flüchtlingskinder außerhalb von Heimen mit anderen Kindern zusammenbringen. Auch Überlegungen zum Bau neuer Förderschulen oder zur Konzentration verschiedener Förderschulen treten wir entgegen. Die beste Förderung für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf kann durch ihre soziale Integration in den Schulalltag der Regelschulen geleistet werden. Aufgabe des Staates ist es, alle Schulen zu befähigen, die Inklusion für alle Schüler*innen umzusetzen.

KiTa: Bildungseinrichtung statt Kinderverwahrstelle

Um einen und vielleicht noch den gewünschten KiTa-Platz in Potsdam zu bekommen, bedarf es einer rechtzeitigen Vorarbeit (am besten mit einer vorgeburtlichen Anmeldung), guter Beziehungen und viel Glück. In Potsdam wird der Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz zwar meist eingelöst, doch ist die KiTa zu oft zu weit vom Wohnort entfernt. Das führt zu vielen Nervereien, erheblichen Kosten und zusätzlichem Zeitaufwand für Eltern und Kinder. Die Stadt Potsdam betreibt seit Jahren keine eigenen KiTas mehr. Damit setzt sie keine Standards in der Betreuung und der frühkindlichen Erziehung, sondern überlässt die Angebotsregelung dem Markt der freien Träger.

Der KiTa-Betreuungsschlüssel im Land Brandenburg ist deutlich schlechter als in anderen Bundesländern. Selbst im Idealfall ist damit nur eine unzureichende Betreuung der Kinder möglich. Hinzu kommt, dass der Idealfall regelmäßig nicht stattfindet. Angebote der frühkindlichen Bildung und eine systematische Förderung bleiben zufällig und dem Engagement einzelner Mitarbeiter*innen überlassen. Wir halten den Besuch einer KiTa für einen wichtigen Schritt in der Teilhabe am sozialen Leben und im Lernen. KiTa-Plätze müssen in allen Stadtteilen in ausreichender Zahl angeboten werden. Das entlastet Familien, schafft eine Quartiersbindung und entlastet die Stadt von unnötigen Fahrwegen. Die KiTa-Bedarfsplanung sollte sich an einem Überangebot orientieren, um die Wahlfreiheit der Eltern zu sichern.

In KiTas sollten Kinder lernen können – und dies nicht nur zufällig. Eine gute frühkindliche Bildung für alle Kinder anzubieten halten wir für einen wesentlichen Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit. Die Bildungsstätte KiTa braucht dafür genug gut entlohntes und bestens qualifiziertes Personal. Wir wollen,

- dass die Stadt Potsdam ihre Verantwortung als wachsende Stadt in der KiTa-Bedarfsplanung klug wahrnimmt,
- dass KiTas Bildungseinrichtungen mit einem breiten Angebot werden,

- dass die Stadt Potsdam wieder selbst KiTa-Träger wird – für eine gezieltere Bedarfsregelung und um Maßstäbe in der frühkindlichen Bildung zu setzen,
- dass dazu der Betreuungsschlüssel deutlich angehoben wird und
- dass die KiTa-Mitarbeiter*innen durch Fortbildungen und Coaching in der Entwicklung ihrer Arbeit unterstützt werden.

In der Entwicklung von KiTas zu Bildungseinrichtungen sehen wir wohlhabende Städte wie Potsdam in einer besonderen Verantwortung.

- Der Betreuungsschlüssel kann in der Stadt Potsdam abweichend von den Landesempfehlungen angehoben werden.
- Die Stadt Potsdam als Fachaufsicht kann umfangreiche Fortbildungen für KiTa-Mitarbeiter*innen und ein begleitendes Coaching zur fachlichen Beratung anbieten.
- Die Stadt Potsdam kann als KiTa-Träger Standards in Betreuung und Bildung setzen und auf Engpässe aktiv reagieren.
- Alle Kinder sollten kostenlos einen KiTa-Platz erhalten. Eine Verpflichtung zum KiTa-Besuch mindestens im Vorschuljahr sollte diskutiert werden.

Ausreichende KiTa-Plätze in jedem Wohnquartier!

KiTa muss Bildungseinrichtung werden!

Städtische KiTas als „Leuchttürme“ für die frühkindliche Bildung!

Schule als offener Raum

Die Stadt Potsdam ist zwar nicht für die Lehrinhalte an den städtischen Schulen zuständig, kann aber als Schulträger Einfluss auf den Alltag der Lehrer*innen und Schüler*innen nehmen. Die Bereitstellung großzügiger und geeigneter Räumlichkeiten entscheidet oft über die Durchführung pädagogischer Angebote, über die Teilhabechancen von Kindern mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf oder auch darüber, ob ein kostenloses Frühstück als sozialpädagogisches Angebot oder lediglich als halbherzige Belieferung durch ein Cateringunternehmen angeboten werden kann. Derzeit erleben wir Mängel in den folgenden Bereichen:

- Nicht genügend Räume für Freiarbeit und Angebote außerhalb des Unterrichtes sowie für Kinder, die während des Unterrichtes zusätzliche Angebote oder Ruhezeiten benötigen
- Mangel an Lehrkräften, Betreuer*innen und Förderkräften für Kinder mit besonderen Betreuungsbedarfen wegen Konzentrationsschwächen, Aufmerksamkeitsschwächen, Aggressionen oder Strukturierungsproblemen, aber auch für Kinder mit Migrationshintergründen, die nicht oder nur bruchstückhaft die deutsche Sprache beherrschen
- Fehlende Kapazitäten in Mensen, Küchenbereichen, Fachkabinetten und Toiletten
- Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Lehrkräften und Misstrauen zwischen den Agierenden

Anforderungen an eine moderne Schule

- Helle und große Räume, die flexibel an unterschiedliche pädagogische Bedürfnisse angepasst werden können
- Eingangsbereiche mit Optionen für Bibliotheken, Cafeterien und andere Begegnungsorte
- Vielfältige Bewegungsangebote, besonders in Grundschulen
- Räume zum Aufenthalt im Nachmittagsbereich bzw. zur Freiarbeit
- Räume für besondere Bildungsangebote wie Theater, Musik, Tanz
- Zweitlehrersystem

Viele dieser Probleme sind nicht Potsdam-spezifisch! Aber: DIE aNDERE will diese Probleme angehen und aus ihnen Chancen zur Änderung ableiten. Maßnahmen in der Schule:

- Bei Schulneubauten mehr städtische Mittel für Raumausstattung bereitstellen: Keine Schule ohne Schulküche, wettkampftauglichen Sportplatz und Räume für Frühstück, Abendveranstaltungen und zusätzliche förderpädagogische, integrative und inklusive Angebote
- Mehr Mitsprache der Nutzer*innen bei Neubau und Sanierung von Schulen
- Mehr städtische Mittel für Sanierung, Verschönerung und Ausstattung von Schulen bereitstellen
- Bewegungsräume gestalten
- Zweitlehrersystem kontinuierlich und verpflichtend durchsetzen
- Förderlehrkräfte aus der Vertretungsmühle nehmen
- Schulbegleitungen für besondere Kinder unbürokratisch organisieren
- Schulsozialarbeit als schulunabhängiges Angebot der Jugendhilfe an allen Schulen einführen
- An allen Schulen kostenloses Schulessen anbieten, so dass Kinder in der Lage sind, zu denken und den Abläufen verständig zu folgen
- Hilfen zur Erziehung nach § 35 a SGB VIII schnell und unbürokratisch bewilligen, wenn von zuständigen Ärzten die Notwendigkeit der Hilfsmaßnahmen attestiert wird
- Sport- und Freizeitangebote für Schüler in der unterrichtsfreien Zeit

Schulen als Orte der Begegnung

Darüber hinaus möchten wir, dass die Schulen zu Orten des Dialogs nicht nur zwischen Lehrkräften und Kindern/Jugendlichen werden, sondern auch zwischen Lehrkräften und Eltern bzw. Großeltern. Nur so können die verschiedenen Sichtweisen, aber auch die Zwänge, in denen sowohl das Lehr- und Betreuungspersonal als auch die Erziehungsberechtigten stecken, verständlich und damit tolerierbar oder sogar akzeptierbar werden. Vorstellbar wäre, dass die Mensen für Stadtteilversammlungen, Konzerte, Bürgerabende nutzbar werden, aber auch Sport- und Musikräume zur Nutzung durch junge Musikschüler*innen und/oder musikalisch Begabte, aber nicht finanzierte Übungen zur Verfügung gestellt werden. Wir sehen darin die Chance am Nachmittag meist leer stehende Gebäude der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Bei Neubauten sind diese Nutzungen mitzuplanen.

Umwelt- und Klimaschutz Eine Frage der Gerechtigkeit

Würden alle Erdenbürger*innen so leben und konsumieren wie in Deutschland, wären 3,2 Planeten nötig, um den globalen Ressourcenverbrauch zu stillen. Wie beim Ressourcenverbrauch ist Deutschland auch Spitzenreiter bei den Treibhausgasen, die den Klimawandel anheizen: Während in Äthiopien jährlich 0,11 t CO₂ pro Kopf ausgestoßen wird, fallen in Deutschland 9,1 t CO₂ pro Kopf Emissionen an. Im Land Brandenburg beträgt die Pro-Kopf-Emission, dank der konservativen Kohlepolitik der SPD über 23,5 t. Die Folgen des Klimawandels und des Ressourcenverbrauchs in Form von Armut, Flucht und Krisen treffen zynischerweise insbesondere die Länder, die am wenigsten die Probleme verursacht haben.

Auch wenn der Ausstieg aus den fossilen Energien, aus Atom, Öl und Kohle ein übergreifendes, globales Thema ist, muss Potsdam als reiche Stadt des globalen Nordens seinen Beitrag leisten und die Ursachen des ungebremsten Ressourcenverbrauchs vor Ort bekämpfen. Dabei setzen wir uns für eine Politik ein, die weniger symbolischen Gesten folgt. Die wesentlichen Elemente des bestehenden Klimakonzeptes der Stadt Potsdam müssen zeitnah umgesetzt werden, damit das eigene Ziel, bis 2050 eine klimaneutrale Stadt zu werden, erreicht wird.

Umweltgerechtigkeit – beim Klimaschutz genau hinschauen

Wir wollen genau hinschauen und die Umweltgerechtigkeitsfrage in der Stadt stellen: Ist es bezüglich des Umweltnutzens zielführend, jeden Plattenbau einer Luxussanierung unter dem Deckmantel der energetischen Sanierung zu unterziehen und damit die Mehrheit der Mieter*innenschaft zu verdrängen? Oder müssen wir nicht viel eher bei den Stadtvierteln ansetzen, in denen gefühlt jede*r Zweite einen SUV fährt und in einer großen Villa wohnt? Der dortige Verbrauch an Energie und Ressourcen ist pro Person vielfach größer als bei den Platten- und Systembauten. Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz-Maßnahmen auf die Stadtquartiere und deren soziale Situationen abgestimmt werden: Reiche Viertel mit hohem Umwelt- und Energieverbrauch müssen dementsprechend mehr zum Einsparen beitragen als Mieter*innen, die sich die nächsten Mieterhöhungen im Zuge einer Sanierung nicht leisten könnten. Wie der von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Masterplan „100 Prozent Klimaschutz Potsdam 2050“ sehen wir die Abstimmung von Energieeinsparmaßnahmen auf Quartiersebene als sehr sinnvoll an: Dabei sollten Rahmendaten wie die durchschnittliche Wohnungsgröße, der Energieverbrauch pro Quadratmeter, der Autobesitz etc. als Grundlage der Festschreibung dienen, wie groß der Beitrag eines Stadtquartiers sein muss, um das gesamtstädtische Ziel einer klimaneutralen bzw. umweltgerechten Stadt zu erreichen. Auf Quartierskonferenzen sollten schließlich unter der Mitbestimmung von Bewohner*innen vor Ort die individuellen Maßnahmen und deren Umsetzungen ausgehandelt werden.

- Quartiersgenaue Klimaschutzmaßnahmen entwickeln: Villenviertel mit hohem Energieverbrauch müssen sich mehr anstrengen
- Energieberatung für Vielverbraucher

- Einberufen von stadtweiten Quartierskonferenzen mit Bürgerbeteiligung, die eine Auswahl von vorher fachlich ausgearbeiteten Klimaschutzmaßnahmen treffen

Energetische Sanierung nicht nur auf Kosten der Mieter*innen

Die energetische Sanierung von Wohngebäuden muss endlich nicht nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, sondern auch so finanziert werden. Bislang werden die Kosten für die energetische Sanierung den Mieter*innen aufgebürdet. Auf der anderen Seite erhalten Hauseigentümer*innen Fördermittel für Energiesparmaßnahmen, die den Wert ihrer Immobilien steigern. Wir wollen, dass alle an der Energiewende partizipieren können. Nur wenn breite Gesellschaftsschichten von der Energiewende einen Nutzen haben, haben die neoliberalen Klimawandelleugner und Rechtspopulisten keine Chance.

Dass selbst Menschen mit kleinem Portemonnaie in Passivhäusern wohnen können, macht das *Projekthaus Babelsberg* eindrucksvoll vor. Unabhängig von profitorientierten Immobilienkonzernen haben sie sich ein Gebäude mit höchsten Energiestandards gebaut, welches günstiger pro Quadratmeter ist als alle heutigen Neubauten. Mieterstrommodelle zeigen, wie Mieter*innen durch Solaranlagen auf ihrem Dach profitieren können.

Potsdam sollte die Energiewende nicht verpassen:

- Einnahmen aus Grundsteuern zur energetischen Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes einsetzen
- Förderung von kommunalem Neubau und Sanierungen mit hohen Energiestandards, aber ohne weitere Luxusausstattung
- Beratung der kommunalen Neubauprojekte durch erfahrene Projekte wie das Projekthaus Babelsberg, um günstig energiesparend zu bauen
- Stadtweite Beratungen für Mieterstrommodelle und Möglichkeiten zur Verpflichtung von privaten Eigentümern erwägen, um Mieterstrommodelle möglich zu machen
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaften, die auch Geringverdiener*innen einschließen

Statt Symbolpolitik:

Bestehende Klimakonzepte endlich umsetzen!

Es kann nicht sein, dass immer neue, blumige Konzepte zum Schutz der Umwelt und des Klimas in Auftrag gegeben werden, wenn deren Inhalt in der alltäglichen Stadtpolitik nicht zum Tragen kommt. Die Autolobby in der LINKEN und CDU/ANW kämpft wie im letzten Jahrhundert für den individuellen Autoverkehr in der Stadt und führt das städtische Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, ad absurdum. Faire Beschaffung von Tee und Kaffee für die Rathauskantine wurde abgelehnt, weil der Denk- und Handlungshorizont scheinbar am eigenen Tellerrand endet. Die jüngste Änderung der Baumschutzverordnung hat den Baumschutz derart verwässert, dass die Baumschutzverordnung kaum noch ihren Namen verdient. Die Baupolitik der Stadtmitte zeigt exemplarisch, wie rückwärtsgewandte Politik, die sich krampfhaft an historischen Grundrissen und Fassaden festkrallt, die Herausforderungen der Zukunft missachtet. Beispielsweise wurden die letzten Bäume am Alten Markt mit dem Argument abgeholzt, weil

es früher („früher“ im Sinne des 18. Jahrhunderts) nun mal keine Bäume an dortiger Stelle gab. Der heutige Platz ist nun im Sommer eine unangenehme Betonwüste, auf der man der heißen Sonne gnadenlos ausgesetzt ist.

Es ist dringend an der Zeit, dass sich die Stadtpolitik zu ihren selbst gesteckten Umweltzielen bekennt und dies in die alltägliche Politik integriert:

- Veto- und öffentliche Anhörungsrechte für die Potsdamer Koordinierungsstelle Klimaschutz bei städtischen Vorhaben
- Personelle Stärkung der Koordinierungsstelle Klimaschutz zur Kontrolle der Umsetzung der zahlreichen Konzepte
- im Internet abrufbare Statusmeldungen über die Umsetzung von einzelnen Klimaschutzmaßnahmen
- Kriterien des Klimaschutzes haben gegenüber der historisierenden Baupolitik in der Stadtplanung immer Priorität

Städtischen Natur- und Artenschutz stärken!

Wohnungsneubau und Gebäudesanierungen setzen Natur- und Artenschutz in der Stadt mächtig unter Druck. Die auch in anderen Städten fortschreitende Vernichtung von Lebensräumen auf Stadtflächen schlägt sich mittlerweile im bundesweiten Rückgang von stadtbewohnenden Tierarten nieder. Artenschutz wird im städtischen Bereich eher stiefmütterlich behandelt, obwohl es häufig keines großen Aufwands bedarf, unseren tierischen Nachbarn den Raum zu belassen, den sie zum Leben brauchen.

Sollten Flächen durch Neubau überbaut werden, müssen die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen möglichst vor Ort umgesetzt werden, damit die Betroffenen dies auch als solches erleben. Sollte dies nicht möglich sein, sind finanzielle Mittel zu bündeln, um große, effektive Maßnahmen mit hohem Klimaeffekt im Stadtgebiet in Abstimmung mit dem Naturschutzbeirat umzusetzen.

Wir setzen uns für einen städtischen Natur- und Artenschutz ein, der nicht die städtische Entwicklung verkompliziert, sondern den Lebensraum für Tierarten belässt und fördert, an dem wir Menschen uns gleichfalls erfreuen.

- Konsequente Kontrolle der Durchführung von beauftragten Ersatzpflanzungen
- Eindämmen der Mahd an Straßenrändern und auf städtischen Grünflächen
- Verbot von Pestiziden auf öffentlichen Flächen
- Regularien z.B. in Satzungen für Neubauten festlegen, die mit einfachsten Mitteln dem Artenschutz am Gebäude Rechnung tragen
- Stärkung der Naturschutzbehörde zum Aufbau eines effizienten, digitalen Flächenkatasters, auf dessen Grundlage sowohl Grünflächen als auch städtische Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen naturgerecht entwickelt werden können
- Städtische Zusammenarbeit mit Umweltverbänden wie dem Potsdamer Landschaftspflegeverein zur naturgerechten und biologisch wertvollen Entwicklung von (Kleinst-)Flächen wie Straßengrün

Mit weniger Verkehr besser mobil sein!

Weit mehr als die Hälfte der Potsdamer Bürgerinitiativen beschäftigt sich mit Verkehrsproblemen. Die Lebensqualität in Potsdam wird durch kaum etwas so beeinträchtigt wie durch den Autoverkehr. Der motorisierte Individualverkehr verursacht Abgase und Lärm und drängt die Menschen an den Rand des öffentlichen Raums. Mit deutschlandweit jährlich über 3.200 Toten und weit mehr als 60.000 Schwerverletzten birgt der Straßenverkehr ein hohes Unfallrisiko. Die Städte, in denen alle Verkehrsarten (Auto und LKW, ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr) auf engem Raum zusammen kommen, stehen vor großen Herausforderungen. Unser Ziel ist es, jedem eine sichere Mobilität zu ermöglichen und gleichzeitig die negativen Wirkungen wie Unfallrisiken, Lärm und Abgase zu verringern. Die Stadt Potsdam hat beim ÖPNV mit dem Ausbau von Strecken und Fahrzeugen einen guten Weg eingeschlagen. Die Umsetzung werden wir unterstützen und kontrollieren. Gleichzeitig setzen wir uns für ein ganzheitliches Konzept zur Förderung des ÖPNV, des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs ein. Der Umstieg vom Auto zur umweltfreundlichen Mobilität muss so leicht wie möglich gemacht werden.

Massiver Ausbau des ÖPNV

Den Ausbau und die Verdichtung des öffentlichen Personennahverkehrs sehen wir als die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Die Entwicklung der Bahnhöfe Golm und Marquardt als attraktive Umstiegsorte zwischen Bus und Bahn hat für uns eine zentrale Bedeutung für die gesamtstädtische Verkehrsentwicklung. Das Straßenbahnnetz muss insbesondere im Potsdamer Norden zügig ausgebaut werden. Vor allem das Angebot in den Nacht- und Abendstunden ist zu erweitern. Busse und Straßenbahnen sollten im Straßenverkehr Vorrechte durch eigene Fahrbahnen und Vorrang bei Ampelschaltungen genießen. Das Taxi füllt Lücken im ÖPNV und sollte daher dessen Vorrechte (z.B. Mitnutzung von Busspuren) erhalten.

Nulltarif mit Bus, Tram und Bahn

DIE aNDERE hat bereits vor zehn Jahren ein fundiertes Konzept zur Einführung des Nulltarifes in Bussen und Trams vorgelegt, das wir schrittweise umsetzen wollen. Da der Potsdamer ÖPNV mit dem kommunenübergreifenden Verkehrsverbund VBB verzahnt ist, sind das Land Brandenburg und der Bund gefragt, um rechtlich wie finanziell die Rahmenbedingungen zu schaffen. Die rot-rote Landesregierung hat dabei erhebliche Reserven und bleibt hinter den Aktivitäten anderer Bundesländer beim ÖPNV weit zurück. Die drastische Senkung der Ticketkosten bis hin zum Nulltarif kann die Fahrgastzahlen erheblich steigern. Andere Städte wie Hasselt, Wien und Tallinn haben das erfolgreich gezeigt. Dabei ist die Qualität des ÖPNV nicht zu vernachlässigen. Die Einführung des Nulltarifs kann nur mit einer Verbesserung des ÖPNV-Angebots einhergehen (siehe oben). Für Potsdam bedeutet das z.B., dass ein zusätzliche ÖPNV-Angebote Richtung Norden nicht allein durch das Nadelöhr Nauener Tor geleitet werden können. Hier sind neue Wege zu suchen.

Radverkehr ausbauen und sicherer machen

Das Fahrrad gehört zu den starken Säulen des Umweltverbundes in der Zukunft. Um auf stadtverträgliche Weise die Ziele im Umwelt- und Klimaschutz zu erreichen, muss das Ziel sein, möglichst viele Menschen auf das Fahrrad zu bekommen. Neben attraktiver individueller Mobilität leben radfahrende Menschen deutlich gesünder und länger. Daher ist ein zügiger Netzausbau eine wichtige Komponente für eine menschenfreundliche Stadt. Die momentan geplanten Radschnellwege nach Werder, Teltow/Stahnsdorf/Kleinmachnow und in den Potsdamer Norden sind dazu ein wichtiger Baustein. Aber auch *Grüne Wellen* für Radfahrer und ausreichend Stellplätze sorgen für eine attraktive Mobilität. Der Belag von Radwegen sollte zeitgemäß sein und für andere Verkehrsteilnehmer gut wahrnehmbar sein. Wenn es gelingt, Radfahren zu einem dauerhaft schönen Erlebnis zu machen und die Menschen Spaß beim Zurücklegen der Wege in der Stadt haben, wird die Lebensqualität spürbar steigen.

30 km/h als Regelgeschwindigkeit und Verkehrsberuhigungen

Eine nachhaltige Verkehrspolitik ist aber nicht denkbar, ohne Maßnahmen zu treffen, die den Vorrang des Autos in der Stadt gegenüber der umweltfreundlichen Mobilität abschaffen. Das Konzept der „autogerechten“ Stadt mit breiten und lauten Straßen gehört der Vergangenheit an. Wir wollen, dass die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt an erster Stelle steht. Auf möglichst vielen Straßen möchten wir das Tempolimit von 30 km/h einführen und folgen damit den vernünftigen Argumenten des VCD (*Verkehrsclub Deutschland*). DIE aNDERE fordert eine autofreie Innenstadt (zwischen Breiter Straße, Hegelallee, Brandenburger Tor und Berliner Straße). Für Spiel- und Begegnungsstraßen in allen Stadtteilen sollen Durchfahrbeschränkungen umgesetzt werden. Das ermöglicht eine neue Gestaltung von Straßenräumen und deren Rückeroberung für das öffentliche Leben. Als dringende Maßnahme sehen wir die Verkehrsberuhigung in der vom Ausweichverkehr geplagten Geschwister-Scholl-Straße. Diese Straße wollen wir nur noch für Anlieger und ÖPNV öffnen.

Im Zuge der Verkehrsumgestaltung der Zeppelinstraße müssen auch Maßnahmen in der Geschwister-Scholl-Straße getroffen werden, die hier den Durchgangsverkehr erheblich reduzieren. Mit intelligenten Ampelschaltungen, verkehrsberuhigten Zonen und Einbahnstraßenregelungen ist dies realisierbar. Eine wichtige Umgestaltung wird in der Friedrich-Ebert-Straße erfolgen. Barrierefreien Haltestellen haben dabei die höchste Priorität. Zudem sollen der Fußverkehr und die Aufenthaltsqualität erheblich verbessert werden. Wir unterstützen hierbei die Verwaltung bei der menschengerechten Umgestaltung der Innenstadt. Die fahrradfreundliche Pflasterung am Nauener Tor spielt dabei eine zentrale Rolle. Bei der Erschließung von Kramnitz als neuen Stadtteil müssen die Tramverbindung und der Radschnellweg prioritär entwickelt werden. Auch gilt es, den Bau einer weiteren Schlafstadt zu verhindern. Die Bewohner*innen sollen hier alle wichtigen Funktionen einer Stadt vorfinden, um unnötige Verkehre zu vermeiden. An Ampeln in der Stadt werden heute Autos bevorzugt und umweltfreundliche Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer, Fußgänger und zum Teil auch der ÖPNV ausgebremst. Diese Ungerechtigkeit aus Zeiten der autogerechten Stadt gilt es zu beseitigen.

Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport

In den letzten fünf Jahren stieg die Zahl der organisierten Sportler*innen in Potsdam von 24.312 auf 31.960. Erfolgreiche Olympioniken trugen sich ins *Goldene Buch* der Stadt ein. Kaum eine Stadt mischt in so vielen Sportarten in der Bundesliga mit wie Potsdam. Der Sportpark *Luftschiffhafen* bietet erstklassige Trainingsbedingungen für Spitzensportler*innen. In diese Sportanlagen und in das Sportinternat investiert die Stadt jährlich Millionensummen. Aber dem steht ein enormer Mangel an Sportanlagen für den Breitensport gegenüber. Stadtweit fehlen ca. 15 Sporthallen und 15 wettkampffähige Sportplätze. Dennoch werden noch immer städtische Sportplätze durch die Stadtverwaltung als Baureserverflächen betrachtet. Die Sportvereine führen ellenlange Wartelisten. Gleichzeitig belegen die Ergebnisse von Schuleingangsuntersuchungen, dass neben dem frühen Besuch von Kitas vor allem auch die Mitgliedschaft in Sportvereinen die geprüften Fähigkeiten von Kindern eklatant verbessert.

Jugend- und Gesundheitsförderung sind klassische Kernaufgaben der Kommunen. Auch deshalb sehen wir die Förderung des Jugend- und Breitensports als vorrangige Aufgabe der Stadt an. Für die Förderung des Spitzensports sind in erster Linie Bund und Länder zuständig. Wenn die Kommunen ihre Hausaufgaben für den Breitensport machen, ist auch eine breite Basis für den Spitzensport gesichert. Wir halten es für angebracht, den Leistungssport nach den Maßstäben der Wirtschafts- und Tourismusförderung zu fördern. Wenn Sportvereine bei Spielen der Bundes- oder Regionalliga tausende Besucher nach Potsdam locken und der Stadt Einnahmen beschern, sollten sie dabei auch unterstützt werden.

Bedarfsgerechte Sportplätze bauen

Potsdam fehlen vor allem Sportanlagen für den Schul- und Breitensport. Bereits seit Jahren fordern wir, dass kein Schulneubau mehr ohne wettkampffähige Sporthalle und wettkampfmäßige Außensportanlage geplant wird. Dabei müssen auch neue Sportarten (z.B. Rollsport) berücksichtigt werden.

Die Sportpolitik der Stadt hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass viele Vereine Training und Wettkämpfe nicht mehr in ihren traditionellen Stadtteilen absolvieren. Wenn etwa der Verein *Juventas Crew Alpha* zu seinen Punktspielen vom Schlaatz ins Kirchsteigfeld reisen muss, wird seine soziale Funktion im Wohngebiet geschwächt. Wenn die Stadt plant, Rugbyspieler aus Golm zum Training nach Neufahrland oder den Babelsberger Fußballnachwuchs zum Bahnhof Rehbrücke zu schicken, führt das zu erheblichem zusätzlichem Autoverkehr gerade in den Hauptverkehrszeiten. DIE aNDERE setzt sich für wohnortnahe Trainings- und Sportmöglichkeiten in allen Stadtteilen ein.

Ein besonderer Bedarf an zusätzlichen Sportanlagen besteht aus unserer Sicht im Bornstedter Feld, in Babelsberg, in Groß Glienicke und im kinderreichen Potsdam West. Teilweise kann dieser Bedarf auch durch Erweiterung oder Mitnutzung vorhandener Sportplätze gedeckt

werden. Auf vielen Sportplätzen können schon durch einen Wechsel des Platzbelages und die Herstellung einer Beleuchtung erhebliche neue Trainingskapazitäten geschaffen werden. Wir fordern einen Aktionsplan, in dem nicht nur die bestehenden Defizite benannt werden, sondern Flächen und Finanzen für den Bau fehlender Sportanlagen festgelegt werden.

Der jährliche Bürgerhaushalt zeigt den aktuellen Neubau- und Sanierungsbedarf an Sportanlagen ziemlich genau auf. Eine konsequente Umsetzung der geäußerten Bürgervorschläge würde viele Probleme lösen. Außensportanlagen an Schulen können so gebaut werden, dass sie separat zugänglich sind. Nach Schulschluss müssen die Sportanlagen für den Vereins- und Breitensport kostenfrei offenstehen.

Gerechte Verteilung von Platz- und Hallenzeiten

Die vorhandenen Platz- und Hallenzeiten sollen endlich gerecht in transparenten Verfahren vergeben werden. Bei der Verteilung der Trainingszeiten müssen nachvollziehbare Maßstäbe angelegt werden. DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass Vereinen mit vielen Jugendteams oder besonderen integrativen Sportangeboten mehr Trainings- und Hallenzeiten zugeteilt werden.

Künftig sollte die Stadt Potsdam generell die Platz- und Hallenmieten für Vereine übernehmen, die nach der Sportfördersatzung einen Anspruch auf kostenlose Nutzung von Sportstätten haben, aber wegen fehlender Plätze und Hallen auf die Anmietung nichtstädtischer Sportstätten (z.B. in privaten Schulen) angewiesen sind – zumindest solange die Miethöhe sich in einem akzeptablen Rahmen bewegt.

- Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport
- Keine Aufgabe von Sportanlagen ohne Ersatzsportstätte im gleichen Stadtraum
- Wohnortnahe und bedarfsgerechte Sportanlagen in allen Stadtteilen
- Kostenfreie Nutzung aller städtischen Sportanlagen durch gemeinnützige Sportvereine
- Faire Verteilung der Trainingszeiten auf städtischen Sportanlagen
- Übernahme von Platz- und Hallenmieten, die Vereinen entstehen, weil städtische Sportanlagen fehlen
- Öffnung der Schulsportanlagen für den unorganisierten Breitensport
- Wirtschaftsförderung für Spitzensport, Tourismusförderung für Sportveranstaltungen

Das Thema Sportanlagen wirkt in viele Bereiche der Stadtgesellschaft hinein. Ein Beispiel: In Babelsberg soll eine neue Schule gebaut werden. Aus Mangel an Grundstücken sollen nun die voll ausgelasteten Sportanlagen in der Sandscholle anteilig weichen. Alternative Flächen sollen in der Waldstadt im Zusammenhang mit einem weiteren Schulneubau angeboten werden. Dazu soll Wald gerodet werden, der den Anwohner*innen als Naherholungsbereich und Lärmpuffer gegenüber der Bahnlinie dient. Die Stadt ist Opfer ihrer eigenen Grundstücks politik und wenig zukunftsorientierter Planung. Die Sportstätten werden zum Verschiebebahnhof. Kinder, die zum Training wollen, werden zu Reisenden. Mehr Verkehr, weniger Sportstätten und abnehmende Lebensqualität sind die Folge.

Mehr als Schlösser und Schlosskopien

Das Potsdamer Kulturleben ist zunehmend durch Tendenzen der Privatisierung gekennzeichnet. Orte wie die *Villa Schöninghen* oder das *Museum Barberini* werden inzwischen kommerziell und parallel zur städtischen Kulturpolitik betrieben. Daneben ist das Kulturangebot durch wenige große Kulturträger und eine starke alternative Subkulturszene geprägt. Eine Bevorzugung von Repräsentations- und Prestigeprojekten ist in der Kulturpolitik unübersehbar. Ausverkauf und Verdichtung der Stadträume führen zu einem immer stärkeren Mangel an bezahlbaren Arbeits-, Ausstellungs- und Proberäumen. Während sich die Stadt gern mit dem Publikumsmagneten *Barberini* schmückt, fehlen für Potsdamer Künstler*innen und Kreative geeignete Räume.

Nur ein kleiner Teil der Kultur-Träger erhält mehrjährige Zuwendungsverträge und hat damit ausreichend Planungssicherheit für Personal und inhaltliche Arbeit. Aber selbst diese Träger sind von der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst abgekoppelt. Kostensteigerungen führen nicht automatisch zur Anpassung der Zuschüsse. Immerhin sollen Projekte wie *T-Werk*, *fabrik* und *Offener Kunstverein* nun eine 3-prozentige inflationsbedingte Erhöhung der Mittel beanspruchen können. Bei den üppig finanzierten großen Kultureinrichtungen wird der Inflationsausgleich im städtischen Haushalt wie selbstverständlich gewährt. Die Notwendigkeit, Eigenanteile von 20 Prozent aufzubringen, zwingt die Träger zur Erhöhung von Kursgebühren und Eintrittsgeldern und gefährdet einen niedrigschwelligen Zugang zu den Angeboten. Bei der Förderung von Kleinprojekten werden Jahr für Jahr weit über die Hälfte aller Anträge abgewiesen, ohne das Engagement der Potsdamer*innen durch eine Mittelserhöhung zu honorieren und zu fördern.

Das *Potsdam-Museum* fristet in Potsdam noch immer ein Schattendasein. Die Exponate zur Stadtgeschichte werden kleinmütig verwaltet, statt sie in moderner Form offensiv zu präsentieren. Auch ist das Museum eher bemüht, die Residenzstadt zu präsentieren, ohne die Garnisonsstadt und deren negativen Effekte zu erläutern. Mit der zentral gelegenen Gedenkstätte in der Lindenstraße verfügt die Stadt Potsdam über einen widersprüchlichen Lern- und Erinnerungsort. Täter und Opfer werden vermengt. Der Versuch, mit der Lindenstraße eine zentralen Gedenkort für alle Zwecke zu schaffen, ist zum Scheitern verurteilt. Dieser Gedenkort wird durch ein eigenes Trägerkonstrukt betrieben und durch Stadt und Land finanziert. Die Gedenkstätte fällt weit hinter die durch die *Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten* modern betriebene und beworbene Gedenkstätte in der Leistikowstraße ab. Darüber hinaus hat die Stadt zahlreiche authentische Gedenkort, die sie für die verschiedenen Ereignisse nutzen könnte. Die ideologische Bereinigung von Gedenkort und Mahnmalen in den zurückliegenden 28 Jahren ist abgeebbt, aber immer noch gegenwärtig.

DIE aNDERE plädiert für einen Paradigmenwechsel in der Kulturförderung. Wir fordern langfristige Planungssicherheit für langjährig in Potsdam tätige freie Träger durch langfristige Zuwendungsverträge, eine regelmäßige Anpassung der städtischen Zuschüsse an Tarifierhöhungen und Preissteigerungen sowie die Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten als Eigenanteil der Finanzierung.

In der Projektförderung wollen wir eine deutliche Erhöhung der Mittel und gleichzeitig eine Verkürzung der Antragsfristen, schnelle Entscheidungen durch eine unabhängige Jury und verstärkte Förderung von Experimenten. Besonderen Bedarf sehen wir in der Förderung von Festivals und kleineren Chören. Diese Förderung muss zusätzlich zu den bereits geförderten Trägern und Angeboten erfolgen.

Eine der ganz großen Baustellen im Kulturbereich ist die Schaffung von Atelier- und Bandproberäumen. Wir gehen davon aus, dass ein dringender Bedarf von mehr als 150 zusätzlichen Proberäumen besteht und dass zusätzlich 30.000–50.000 Quadratmeter Arbeits- und Ausstellungsräume für die Künstler*innen und die Kreativwirtschaft benötigt werden. Um dieses Defizit zu beheben, sollen die 14 Proberäume, die im *freiland* und *Archiv* bereits geplant sind, kurzfristig finanziert und gebaut werden. Zusätzlich schlagen wir den Bau eines Band-Hauses mit 30–40 Proberäumen auf der noch unbebauten Freifläche im *freiland* vor. Weitere Proberäume könnten entstehen, wenn Prämien für die Vermittlung geeigneter leerstehender Räume gezahlt werden.

Das Rechenzentrum muss angemessen saniert werden und langfristig für Künstler*innen und Kreativwirtschaft erhalten werden. Zusätzlich dazu sollen Räume an der Alten Feuerwache/Plantage geschaffen werden. Hier sehen wir ausdrücklich die Stadt in der Pflicht, zusätzliche bezahlbare Raumkapazitäten zu schaffen und lehnen ein Abschieben dieser Aufgabe auf private Initiativen oder Mäzene ab.

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass das *Potsdam-Museum* einen Anbau mit zusätzlichen Ausstellungsflächen und einen Neubau mit geeigneten Depotflächen erhält. Wir unterstützen den Aufbau eines Ausstellungsmoduls zur Potsdamer NS-Geschichte und die Modernisierung der bestehenden Dauerausstellung.

Die Gedenkstätte in der Lindenstraße benötigt endlich eine inhaltliche Neuausrichtung, die nicht die Verbrechen des *Nationalsozialismus* mit den Repressionen der DDR in der Geschichte des Haftortes gleichsetzt, sondern deren Unterschiede klar und deutlich macht. Die bei der Gründung der Stiftung angekündigten Beiräte, in denen die Opferverbände Sitz und Stimme haben, müssen endlich eingerichtet werden. DIE aNDERE befürwortet weiterhin eine Eingliederung der Gedenkstätte in die *Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*.

Das Konzept zur Erinnerungskultur aus dem Jahre 2014 ist weiter zu entwickeln und über die bisherigen Handlungsempfehlungen hinausgehend zu einem echten Konzept, welches den Pluralismus der Geschichte und der Stadtgesellschaft reflektiert, auszugestalten.

- Mehrjährige Förderverträge für gestandene Kulturträger!
- Koppelung von Zuwendungsverträgen an Preis- und Tarifierentwicklung!
- Aufstockung und Entbürokratisierung der Kulturförderung!
- Neue Ausstellungsflächen und Depoträume für das *Potsdam-Museum*!
- Eintrittsfreie städtische Museen und Gedenkstätten!
- *freiland*, *Rechenzentrum* und *sans titre* langfristig sichern!
- Bau von Bandproberäumen im *Archiv* und *freiland* finanzieren!
- Bandhaus (z.B. im *freiland*) bauen!

Städtische Betriebe unter Bürger*innenkontrolle

Potsdams städtische Unternehmen sind heute fast alle als GmbH in privater Rechtsform organisiert. Es gilt damit das GmbH- und Aktiengesetz der privaten Wirtschaft vor dem Demokratieverständnis einer öffentlichen, demokratisch kontrollierten Verwaltung. Die Aufsichtsräte der Stadtwerke, der *ProPotsdam* und des Klinikums treffen sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. In ihnen sitzen nur wenige Vertreter*innen der Stadtverordnetenversammlung, vornehmlich aus den großen Parteien – und diese sind auch noch zur Verschwiegenheit verpflichtet. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Stadtpolitik bleibt die Mehrheit der Stadtverordneten außen vor. Zudem sind bei der EWP (Energie und Wasser) und bei der STEP (Müllentsorgung) private Mitgesellschafter im Aufsichtsrat. Ihnen geht es nicht um das Gemeinwohl, sondern um die Auszahlung einer Rendite. Im Gegenzug werden in Unternehmen wie dem Klinikum Löhne (weit) unter Tarif bezahlt. Der Haustarif liegt unter dem des öffentlichen Dienstes und zahlreiche Gruppenverträge unter dem Haustarif. Das muss sich ändern!

Langfristig streben wir eine Re-Kommunalisierung aller städtischen Betriebe und deren transparente Weiterführung in der Rechtsform von Eigenbetrieben an. Dazu muss das undurchsichtige Geflecht aus Tochter- und Enkelfirmen zügig abgewickelt und die Trennung von privatwirtschaftlichen Miteignern (z.B. in der EWP und STEP) vollzogen werden. Wir wollen direkte Mitwirkung der Bevölkerung auch in den städtischen Betrieben. Bereits vor Jahren hat DIE ANDERE das Konzept *Städtische Betriebe unter Bürgerkontrolle* vorgelegt, das eine völlig neue Unternehmenskultur mit mehr Transparenz und umfangreichen Mitwirkungsmöglichkeiten der Stadtgesellschaft ermöglicht.

Wir fordern:

- Umweltverbände, Mietervereine, Initiativen etc. in die Kontrollgremien der kommunalen Unternehmen! Dies ist heute schon bei den städtischen GmbHs möglich und später auch im Eigenbetrieb.
- Partizipatives Sponsoring statt Geldvergabe hinter verschlossenen Türen: Wir wollen, dass Sie als Kund*innen mitbestimmen können, welche Vereine und Initiativen unterstützt werden. Bisher werden die Entscheidungen über die großen Beträge hinter verschlossenen Türen getroffen. Über kleine Beträge gibt es bereits heute einen öffentlichen Prozess. Wir wollen, dass Sie auch bei den großen Fragen mitentscheiden können. Wir wollen attraktive und bürgernahe Unternehmen für Potsdam.
- Die Geschäftsführung muss sich mit den Anliegen der Kund*innen auseinandersetzen: Viele Einwohner*innen und Kund*innen erhalten auf ihre Anregungen und Wünsche keine Antwort. Dies soll sich ändern: Durch die Sammlung von Unterschriften auf der Homepage der Unternehmen werden ihre Anliegen Chefsache: Die Leitung des Klinikums, der Stadtwerke oder der *ProPotsdam* muss sich mit den Vorschlägen auseinandersetzen. Wir denken derzeit an ein Quorum von wenigen Unterschriften, damit die Anfrage mit Nachdruck gilt.

- Feste Plätze für Vertreter*innen der Beschäftigten: Für uns gehört auch ein fester Platz für die Beschäftigten im Kontrollgremium dazu. Nach unseren Vorstellungen sollen sich Kontrollgremien jeweils zu einem Drittel aus Stadtverordneten, Arbeitnehmervertreter*innen und Vereinen/Initiativen zusammensetzen.
- Bürger*innenentscheid zu zentralen Fragen der Unternehmenspolitik: Dies ist möglich, sobald die städtischen GmbHs in die öffentliche Rechtsform des Eigenbetriebes überführt sind. Bereits heute wird der *Kommunale Immobilien Service* (KIS) in einer solchen Rechtsform geführt. Hier haben anders als bei einer GmbH alle Stadtverordneten direkte Einsichtsmöglichkeiten in die Unterlagen des Unternehmens. Dabei beweist der KIS, dass ein Eigenbetrieb wirtschaftlich sinnvoll für kommunale Anliegen geführt werden kann.

Solange allerdings die Stadt Potsdam noch keine grundlegende Modernisierung und Demokratisierung ihrer städtischen Betriebe im Sinne unseres Konzeptes durchführt, hat der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter der Stadt Potsdam sehr große Handlungsspielräume. Er kann die Geschäftsführung direkt anweisen und damit die Unternehmenspolitik steuern. Der OB kann z.B. unmittelbar Einfluss auf die Höhe der Mieten der *ProPotsdam* nehmen oder die Bezahlung der Krankenschwestern/-pfleger im Klinikum *Ernst-von-Bergmann* und der Busfahrer*innen im Verkehrsbetrieb in Potsdam verbessern.

Der Oberbürgermeister kann die langfristige Rückabwicklung des Firmengeflechtes einleiten. Schon kurzfristig kann er gemeinsam mit Ihnen neue Unternehmensziele für die städtischen Betriebe erarbeiten und dann die Umsetzung durch die Geschäftsführung anweisen. Deren Unternehmenspolitik darf nicht mehr vorrangig auf die Erhöhung der Unternehmensgewinne gerichtet sein. Im Mittelpunkt muss die Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu akzeptablen Preisen stehen.

Erste Amtshandlung unseres Oberbürgermeisters wäre die Rückkehr des städtischen Klinikums mit allen Tochtergesellschaften in die Mitgliedschaft mit Tarifbindung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes. Die unwürdige Behandlung von Krankenschwestern/-pflegern und Pflegepersonal muss endlich beendet werden.

Die Stadt ist kein Selbstbedienungsladen

die-andere.org

Eine andere Stadt ist möglich!

DIE ANDERE

Echte Bürger*innenbeteiligung ist mehr als wählen lassen

Warum scheuen gewählte Gremien so oft die Beteiligung der Bürger*innen? Entscheidet die Stadtverordnetenversammlung wirklich im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung?

Bei zentralen Entscheidungen der Stadtentwicklung hat die Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse gefasst, die in der Bevölkerung hoch umstritten sind: zum Abriss des Hotels *Mercure*, des Wohngebäudes *Staudenhof* und des FH-Gebäudes sowie zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Garnisonkirche. Entsprechende Bürger*innenbegehren hat die Rathausmehrheit ins Leere laufen lassen. Die Bevölkerung ist ausgeschlossen.

Das wollen wir ändern. Wir wollen Diskussion mit Abstimmung verbinden. Wir wollen direkte Demokratie einfacher machen. Wir wollen die Stadtteilkonferenzen ausbauen. Für viele Parteien im Stadthaus ist Bürger*innenbeteiligung dagegen ein Akzeptanz-Beschaffer für bereits gefällte Entscheidungen.

Der OB soll sich für ergebnisoffene Diskussion einsetzen. Diskussionsveranstaltungen reichen nicht; es bedarf auch Abstimmungen. An diesen sollen möglichst viele Potsdamer*innen teilnehmen. Geeignet sind hierfür zum Beispiel Vollbefragungen oder Referenden, die von der Stadtverordnetenversammlung selbst beantragt werden. Durch Auftragnehmer durchgeführte Umfragen bilden hingegen kein geeignetes Mittel. Sie sind oftmals nicht repräsentativ und durch die Fragestellung leicht manipulierbar.

Direkte Demokratie muss einfacher werden und auch für städtebauliche Fragen zulässig sein. Aufgrund der bestehenden rechtlichen Beschränkungen auf Landesebene mussten die Bürger*innenbegehren zur Zukunft des FH-Gebäudes und des *Mercure*-Hotels umständlich formuliert werden. DIE aNDERE möchte dies ändern. Sie fordert deshalb, dass in Zukunft auch über städtebauliche Fragen wie Flächennutzungs- und Bebauungspläne abgestimmt werden kann, wie es in anderen Bundesländern bereits heute schon möglich ist. Das Gleiche gilt für haushaltsrelevante Fragen, die bisher ausgeschlossen sind.

Aber auch in Potsdam selbst kann direkte Demokratie einfacher gemacht werden, z.B. durch neutrale und kostenlose Beratungsangebote für Initiativen, die ein Bürger*innenbegehren organisieren wollen oder durch die Auslegung von Unterschriftenlisten in geeigneten städtischen Einrichtungen in den Stadtteilen.

Bürger*innenbeteiligung wird von der Stadt oft nur zu Themen, die die Stadtverwaltung für wichtig erachtet, organisiert. Gerade aber die Diskussion um die *Potsdamer Mitte* hat gezeigt, dass unangenehme Fragen gerne vermieden werden. Die Argumente von Kritiker*innen werden nicht aufgenommen und weiterentwickelt. Zur Ausarbeitung ihrer Vorschläge werden keine Mittel zur Verfügung gestellt. Dies muss sich ändern! Wir wollen ein Initiativrecht auf Bürger*innenbeteiligung. Durch die Sammlung von Unterschriften soll die

Stadt verpflichtet werden können, ein Beteiligungsverfahren durchzuführen. Anders als sonst ist allerdings das durchzuführende Verfahren mit den Initiator*innen abzustimmen und zu entwickeln. Wir brauchen nicht noch mehr schein-demokratische Prozesse, bei denen die Ergebnisse bereits vorgezeichnet sind, wir brauchen mehr echte Teilhabe.

Es wird viel über eine Reform des Bürger*innenhaushalts geredet. Einige Parteien wollen dem Verfahren endlich einen Fonds zur Verfügung stellen, der die Realisierung von Bürger*innenvorschlägen ermöglicht. Doch Vorsicht! DIE aNDERE hat nichts gegen einen Fonds, doch darf er nicht dazu führen, dass keine Vorschläge mehr zu Großprojekten unterbreitet werden können. Die Wahrheit ist, dass manche Parteien verhindern wollen, dass die städtische Unterstützung für die Garnisonkirche oder andere umstrittene Projekte im Bürger*innenhaushalt thematisiert werden können. Eine solche Reform ist mit uns nicht zu machen!

Ein Fonds – das bedeutet Geld für Projekte in den Quartieren – kann deshalb nur eine Ergänzung zum bisherigen Verfahren sein. Der Fonds muss ausreichend groß sein. Die Gelder für die Quartiere müssen deshalb aufgestockt und nicht gekürzt werden! Potsdam wächst von den Quartieren her, dort sind bereits viele Menschen aktiv, wollen es werden oder haben einfach Verbesserungsvorschläge, die sie einbringen möchten. Stadtteilkonferenzen am Schlaatz, in Drewitz, in Babelsberg und anderen Teilen der Stadt haben gezeigt, dass solche Treffen Orte der Begegnung sind, bei denen Ideen vorgestellt und präzisiert werden können, bei denen sich Einwohner*innen kennenlernen und zusammentun können. Stadtteilkonferenzen bieten einen Austausch mit Politik und Verwaltung, um anschließend konkrete Projekte für den Stadtteil voranzubringen.

In Potsdam hat es sich bewährt, solche Konferenzen mit den Einwohner*innen und Initiativen vor Ort zu planen. Wir wollen, dass solche Treffen nicht nur alle paar Jahre, sondern regelmäßig stattfinden. Dabei kann auch die Rolle der Stadt sein, die Einwohner*innen in ihrer Selbstorganisation zu unterstützen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen.

Demokratie ist kein Gnadenrecht

Eine andere Stadt ist möglich!

die-andere.org

DIE aNDERE

Integration, Inklusion und Teilhabe: Eine Stadt für Alle

In Potsdam leben tausende Menschen, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unnötig dadurch erschwert wird, dass öffentliche Räume, Gebäude und Verkehrsmittel nicht barrierefrei zugänglich sind. Verwaltungsabläufe und Ämter sind häufig nicht auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen oder mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf eingestellt – oder aber die Verwaltung organisiert ihre Arbeitsabläufe einfach entlang ihrer eigenen Interessen und bevormundet die Bürger*innen.

DIE aNDERE setzt sich für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben der Stadt ein. Wir sehen es als elementare Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft an, Zugangshindernisse abzubauen. In der Stadtverwaltung muss endlich eine Kultur des Ermöglichens durchgesetzt werden statt eine Abwehrhaltung gegenüber besonderen Anforderungen einzunehmen.

Barrierefreie Stadt

Die Einzelmaßnahmen des beschlossenen Teilhabeplanes müssen endlich zügig umgesetzt werden. Natürlich müssen die Mittel im Haushalt dafür eingestellt werden.

Ein Potsdamer Dauerthema sind bizarre Diskussionen über Kopfsteinpflaster und Straßenquerungen für Rollstuhlfahrer*innen. DIE aNDERE setzt sich für vernünftige Kompromisse zwischen Denkmalschutz und Mobilität ein. Wo diese nicht möglich sind, muss nach unserer Ansicht der Vorrang unbedingt dem Menschenrecht auf Teilhabe und Mobilität gebühren.



anders denken,
anders wählen,
anders leben

die-andere.org

Eine andere Stadt ist möglich!

DIE aNDERE

Unterstützung des selbstbestimmten Lebens

In Potsdam werden Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf oft entmündigt und in Betreuungssituationen gedrängt, die weder dem Wunsch noch den Möglichkeiten der Betroffenen entsprechen. Diese Tendenz ist bei der knausrigen Bewilligung von Mitteln des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen, bei der mehrjährigen Isolierung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften ohne Privatsphäre und bei der Versorgung von Senior*innen zu erkennen. DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen die wirklich erforderlichen Mittel und Räume für eine selbstbestimmte Lebensführung erhalten. Wir fordern auskömmliche Persönliche Budgets, eine Auflösung von Flüchtlingsheimen und die stärkere Unterstützung selbstbestimmter Wohnformen auch im Alter.

Ausländerbehörde als Willkommensbehörde

Die Potsdamer Ausländerbehörde hat sich in den letzten Jahren zum Problemfall des Rathauses entwickelt. Monatelange Untätigkeit und das Verbummeln wichtiger Unterlagen und Dokumente sind leider Alltag in der ABH. Uns liegen dutzende Beschwerden über Fälle vor, in denen die Behörde die integrationspolitischen Ziele der Stadt aktiv konterkariert. Offensichtlich fehlt es vielen Mitarbeiter*innen an einer ausreichenden persönlichen Haltung und Eignung, um das Prädikat „Willkommensbehörde“ mit Leben zu erfüllen. Beschäftigte, die ihren Arbeitsauftrag nicht in der schnellen Klärung ausländerrechtlicher Fragen und der Vermittlung von Integrationsangeboten sehen, sondern sich ausschließlich für die Abwehr von Zuzug zuständig sehen, sind als Beschäftigte im öffentlichen Dienst nicht tragbar. DIE aNDERE setzt sich für eine Umstrukturierung ein, die persönliche Verantwortlichkeiten und Bearbeitungszeiten transparent macht. Außerdem halten wir in diesem Bereich einen personellen Neuanfang für unumgänglich.

Bürger*innenservice statt Bevormundung

In der Stadtverwaltung muss ein grundsätzlich neues Rollenverständnis etabliert werden. Beschäftigte der Verwaltung sollen die Bürger*innen beraten und deren Entscheidungsfindung unterstützen, statt ihnen vorzugeben, was das Beste für sie ist. Ein Beispiel dafür ist die Terminvergabe im Bürgerservice. Vor einigen Jahren wurde als zusätzliche Serviceleistung angeboten, vorab einen Termin zu vereinbaren, um die Wartezeit zu reduzieren. Später wurde die vorherige Terminvereinbarung in vielen Verwaltungsbereichen zur Pflicht. DIE aNDERE wendet sich gegen das Prinzip der fürsorglichen Bevormundung. Wir gehen davon aus, dass mündige Bürger*innen selbst entscheiden können, ob sie vorab einen Termin vereinbaren oder kurzfristig zu den Sprechzeiten gehen und warten wollen. Die Wartenummernautomaten müssen daher wieder in Betrieb genommen werden.

Impressum

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE
Gestaltung: MARCUS GROBE
Potsdam – Juli 2018

DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
@DIEaNDEREPotsdam



Wer ist DIE aNDERE?

DIE aNDERE ist eine kommunale Wählergruppe in Potsdam und deshalb unabhängig von Bundes- oder Landesparteiorganisationen. Wir sehen uns als Teil eines Netzwerkes von Flüchtlingsinitiativen, Umweltverbänden, Studierendengruppen, Kulturprojekten, Bürger*innen- und Stadtteilinitiativen sowie alternativen Wohnprojekten. Unsere Mitglieder arbeiten in diesen außerparlamentarischen Gruppen aktiv mit. Viele Anfragen, Anträge und Akteneinsichtstermine unserer Stadtfraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung und manche Aktion unserer Wählergruppe gehen auf Anregungen aus diesem Spektrum zurück.

Bei uns arbeiten Bürger*innen, Einzelpersonen und politische Aktivist*innen dauerhaft oder auch zeitweise oder projektbezogen mit. Wir engagieren uns für eine basisdemokratische, sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Gesellschaft. Seit 1993 sind wir in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die wichtigsten Veränderungen nicht in Parlamenten oder Gemeindevertretungen umgesetzt werden, sondern in der Gesellschaft und ihren Eigentums- und Produktionsverhältnissen. Das lässt sich weder durch Wahlen noch durch Wahlboykotte durchsetzen. Allerdings kann der Zugang zu Informationen und Strukturen für außerparlamentarische Initiativen genutzt werden und eine breitere Öffentlichkeit für politische Alternativen und Visionen geschaffen werden.

Wir betreiben eine visionäre Politik, die wir durch konkrete Projektvorschläge untermauern. Beispiele sind der Nulltarif für Bus und Tram, eine integrationsfördernde Unterbringung von Flüchtlingen oder bedarfsorientierte Sanierungsstandards zur Begrenzung der Mieten.

Wir legen zum Ende jeder Wahlperiode eine transparente Bilanz unserer Arbeit vor. Denn wir möchten nicht nur an unseren Wahlplakaten gemessen werden, sondern daran, was wir getan und erreicht oder zumindest versucht haben.

Die Prinzipien, die wir nach außen vertreten, gelten für uns auch intern: Unsere Stadtverordneten geben ihr Mandat in regelmäßigen Abständen an eine Nachrücker*in weiter (Rotationsprinzip). Wir möchten auf diese Weise mehr Interessierte mit den Abläufen im Stadthaus vertraut machen, unsere Mandatsträger*innen vor Verschleiß und Anpassungsprozessen schützen und verhindern, dass Karrierestreben und Tunnelblick unsere Politik bestimmen.

Die Stadtverordneten, die auf unseren Listen gewählt werden, spenden ihre monatliche Aufwandsentschädigung an die Wählergruppe, die damit ihre finanzielle Unabhängigkeit sichert und außerparlamentarische Initiativen organisiert und unterstützt.

die-andere.org

**DIE
aNDERE** 